SB-02

Beschluss

Initiator*innen: Unterbezirksparteitag der SPD Dresden (dort beschlossen am: 26.10.2024)

Titel: **Genoss*innenschaften für alle!**

Antragstext

Der UB-Parteitag der SPD Dresden möge beschließen und über den Landesparteitag der SPD Sachsen sowie den Bundesparteitag der SPD an die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten.

Für uns als Jusos ist die Demokratisierung der Wirtschaft ein zentraler Bestandteil unseres sozialistisches Selbstverständnisses. Eine Demokratie, in der ein hoher Anteil der Macht in der Hand einiger weniger liegt, ist langfristig nicht funktionsfähig und unsere kapitalistische Wirtschaftsordnung sorgt durch ihre inhärente Kapitalakkumulation für genau diese Machtkonzentration.

Die Unternehmensform der Genossenschaft kann im besten Fall dafür sorgen, dass der Besitz an Produktionsmittel nicht in den Händen einzelner Kapitalist*innen, sondern gemeinschaftlich in den Händen der „Beschäftigten“ (die in diesem Fall auch Eigentümer*innen) der Betriebe liegen.

In Deutschland existieren bereits einige Wirtschaftszweige, in denen Genossenschaftsmodelle üblich sind, wie Banken oder Wohnungsunternehmen. Diese sind aber oftmals nur mangelhaft demokratisch organisiert, die Mitbestimmungsrechte beschränken sich zum Teil auf Briefwahlen zu Vertreter*innenversammlungen alle paar Jahre. Damit geht der besondere Charakter der Genoss*innenschaft gegenüber anderen Eigentumsmodellen wie der Aktiengesellschaft mehr oder weniger verloren. Unsere Idealvorstellung der Genoss*innenschaft ist die einer aktiven demokratischen Selbstverwaltung, in der sich alle Beteiligten als gleichberechtigte Inhaber*innen verstehen.

Wir fordern von staatlicher Seite nicht nur eine verstärkte steuerliche Förderung des Genoss*innenschaftsmodells, als auch die Einführung, Bewerbung und Beratung zu neuen Modellen des Genoss*innenschaftsmodells, wie Energie-, Industrie- oder IT-Genoss*innenschaften. Zu diesem Zweck fordern wir die Einführung von Genoss*innenschaftsberatungen, in der Menschen mit dem Willen zu einer Unternehmung aktiv auf die Möglichkeiten der Genoss*innenschft hingewiesen werden. Auch Unternehmen, die oftmals akut nachfolgegefährdet sind (z.B. kleine Handwerksbetriebe im ländlichen Raum) sollen aktiv auf die Möglichkeit der Überführung oder Umwandlung in eine Genoss*innenschaft (auch in Kooperation mehrerer betroffener Betriebe) hingewiesen werden.

Unser langfristiges Ziel ist die Überführung aller Unternehmen in Deutschland in basisdemokratische Hand.